

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 30. October.

Friedrich Hecker, der deutsche Republikaner, ist einer der wenigen Männer, welche im Jahre 1848, als es galt, die Volkssovereinität durch eine lähne That zur Bewirklichung zu bringen, den Muth und die Thatkraft hatte, eine solche That zu versuchen. Friedrich Hecker vor allen andern war der Mann, der damals im Munde des Volkes lebte, der als der Vertreter der Volksache in ihrer ganzen und vollen Bedeutung wenigstens in politischer Beziehung galt. Wer hätte das Jahr 1848 nicht durchlebt und erinnerte sich nicht des „Hederlides“, jenes Liedes, in welchem sich die Hoffnung und das Vertrauen ausdrückten, welche das Volk auf Friedrich Hecker setzte.

Daß die Sache, die dieser Volksmann damals vertrat, die Sache des Volkes selbst, nicht zum Durchbruch und zum Siege gelangte — fürwahr, nicht die Schuld Heckers, nicht die Schuld des stolzen und thatkräftigen Republikaners war es, sondern die Schuld der Zeitgenossen, die ihn nicht begriffen, die Schuld seines Volkes, dem die Verständniß und die Thatkraft zum großen Werke fehlten, die Schuld vor Allem der elenden, die Geister verwirrenden, die Herzen lähmenden Mittelparteien.

Warum wir heute von Friedrich Hecker sprechen? Hecker hat an einen Freund in Mannheim Briefe geschrieben, welche sich über die politischen Vorgänge in Deutschland ausdrücken und bei der Vergangenheit Heckers für jeden Volksfreund, ja für jeden Politiker überhaupt von hohem Interesse sein müssen. Die „Alln. Stg.“ veröffentlicht sehr ausführliche Auszüge aus diesen Briefen, zu welchen der Eintander bemerkt: „Meine Copie ist mangelhaft. Einiges habe ich weglassen müssen, weil ich es nicht entziffern konnte. Anderes erschien nicht mittheilbar so, wie es geschrieben war; und ich würde es für ein Unrecht gehalten haben, etwas zu verwaschen oder zu verwässern an diesem prachtvoll-naturwüchsigem Kraftstahl des Deutsch-Amerikaners.“

Der erste Brief datirt von dem 2. December 1865 — man beachte die Zeit! Nach einem Eingange, der nur persönliche Angelegenheiten berührt, geht Hecker mit folgenden, also vor etwa einem Jahre geschriebenen, Worten zur Besprechung der deutschen Politik über:

„Ich hatte mir seit Jahren vorgenommen, nach Beendigung des Krieges gegen die Rebellion das Land wiederzusehen, dem ich durch Geburt, Gesinnung und Erziehung angehöre, und an das meine Ideen mit unzerreißbaren Ketten gebunden sind — das Land, wo so mancher liebe Freund und Kampfgenosse weilt. Als ich nach dreijährigem Feldlager mein Schwert wieder zu den Penalen gestellt und endlich eingesehen hatte, daß hier keine Rosen blü-

hen für die „Foreigners“, mögen sie auch noch so aufopfernd gehandelt haben, war ich fest entschlossen, einen Abstecher über den Ocean zu machen. Aber abgesehen von der Kostspieligkeit der Reise, besonders bei dem hohen Geldcours — und wir Bauern haben nur ausnahmsweise etwas übrig — fragte ich mich: Was willst du dorten thun? Als bloßer Tenorist und Gasthaus-Tafel-Probirer, wie John Bull oder wie ein in Amerika reich gewordener Honsknecht? Zu reisen, um gereist zu sein? Das ist mein Geschwad nicht. Aus Eitelkeit im Lande herumzuziehen, um gefingstocht zu werden, wie unser weiland Bürgerkronen-Fischer, — das habe ich von jeher gehaßt. Das leere, maulheldige Schwätzen mit Redensarten von Aequatorhöhe, während die That weit oben am Nordpol eingefroren liegt, ist mir verächtlich. Wer so lange in dieser praktischen, nüchternen und doch so bewegten Republik gelebt und immer nur praktische Resultate im Auge gehabt hat, dem ist iberall Schwägerei und unflare Phantasterei ein Gräuel. Mit aufmerksamem Auge verfolge ich den Gang der Dinge in der alten Welt und besonders in Deutschland. Aber ich sehe in letzterem noch nicht ein Jota ernstgewillter Aufopferungsfähigkeit und Thatkraft. Das Höchste, der U-Typus, ist die Classen-Kampfmännerei. Wer nun, wie ich, weiß, wie es an wenigen Personen hing, daß nicht die ganze große Exaltation von 1848 im constitutionellen Vertrauens-Dufel verlies; — wer die fulminanten Schwäger, die immer die Revolution wie einen Pistolenlauf drohend aus ihrer Tasche guden ließen, so lange der Sturm nicht ausgebrochen war; — wer diese Kraft-Halen in ihrer ganzen Erbärmlichkeit gesehen hat, wie sie den mit Seife bestrichenen Kletterbaum nach Minister-, Gesandtschafts-, Staatsraths- und Vertrauensmänner-Posten eifrig hinaufkletterten, um schleunigst wieder herabzurutschen; wer mit diesen Erinnerungen die gegenwärtige Lage der Dinge in Deutschland vergleicht und dabei die alte Liebe zum Vaterlande und seiner Freiheit im Herzen trägt, dem wird ganz schauerlich zu Muth.

„Die von Drouyn de Lhuys ganz richtig gezeichnete Verfahrungsart in Schleswig-Holstein, — der constitutionelle Kagenhammer des preussischen Abgeordnetenhanfes, — die Staatsprärogative in Neckenburg, — die Kappe des Schweizer in Kassel, — die Processionen des schwarzen Landsturmes in Baden, — die demokratisch-liebäugelnde Angst-Neiererei des aufgeklärten Despotismus eines Bess, die Rathlosigkeit mediatisirungsfürchtiger und scheinliberaler Baunköniglein, — die Hundspetische, welche zuweilen unter dem Rode hervorgezogen und den Republikanern der Frankfurter Börse gezeigt wird, — der Erisapsel von Gastein, — die centrale Decentralisationsanarchie des Bundestages mit dem Bankrott im Hintergrunde, — das Alles auf der einen Seite; — auf der andern Seite nur die fünf schlimmen S, nämlich: Singen, Schießen, Schwagen, Springen und . . . Sausen, das Alles zusammen

bildet einen wahren Herzenkessel, dessen Anblick mich mit Ekel und tiefer Trauer erfüllt.

„Und in all dem Wirrwarr nur Ein Mensch, — ein Mensch, der weiß, was er will, der die Rücksichtslosigkeit, die Schlaubeit, das energische „Durch!“ mit einer richtigen Würdigung seiner maulheldigen Segner verbindet, — das ist Der von Bismard!

„Während Bismard weiß, was er will, und noch mehr weiß, nämlich, daß die französischen Finanzen auf einem Punkte angelangt sind, wo die Krallen stumpf werden, weiß Oesterreich keine drei Tage im Voraus, was es will und soll. Nachdem es lange das Einheitswerk probirt hat, verfällt es plötzlich in das diametrale Gegentheil. Die Ungarn, welche seine Hülfss- und Rathlosigkeit sehen, profitieren davon und dringen auf Decentralisation. Vielleicht spukt auch Rußland im Hintergrunde, welches Oesterreich sein Verhalten während des Krimkrieges niemals vergißt. Lassen Sie aus, wie dieses ungarische Vorgehen auf die andern heterogenen Elemente Oesterreichs wirken wird, — auf die Czechen, die Slaven, die Polen u. Eine sich immer mehr und mehr entwickelnde, größere Rathlosigkeit, ein kraftloseres Zurücksinken nach erklüftem müßigem Anlauf, als es Oesterreich gegenwärtig in Allem — nicht nur Preußen gegenüber — zur Schau trägt, ist kaum jemals dagewesen, obgleich die Zeit von 1793 bis 1809 denn doch auch ein Stücklein davon liefert. Das sieht fast ein Blinder. Und Bismard sieht es doppelt.

„Lassen Sie uns nun das Volk in Deutschland betrachten. Da ist zuerst das Preussische. Jeder Preuße sieht die Welt durch eine preussische Brille. Die Großmächtigkeit ist ihm zu Kopfe gestiegen. Alle seine Expectationen sind preussisch. Was nicht preussisch ist, „is nich!“ Das steckt nicht nur in Twesten und Conforten, sondern auch in einem Eßwe und Schülze-Delitsch so fest, wie in jedem Schusterjungen. Oesterreich hat für Deutschlands freibeitliche Gestaltung keine unmittelbar wirkende Geltung. Was bleibt nach Abzug von Oesterreich und Preußen? Einige thüringische Duodeztausgaben, deren strategische Bedeutung Preußen im Auge behält, wie der Buffard das Mäuseloch, Sachsen (propro), Bayern, Württemberg, Baden und die deutsche Türkei in Hessen. Diese Bevölkerung ist größtentheils antipreussisch. Aber wenn Ihr Preußenfeinde für das Vaterland nicht mehr übrig habt, als bisher, dann haltet Euer Maul! Dann unterwerft Euch und singt: Ich bin ein Preuße! Kennt ihr meine Farben?

„Wäre ich der Bismard, mich würde kein Teufel abhalten, den ganzen Kram ganz ruhig einzusacken! Es würde weniger kosten, als er vielleicht selbst glaubt. Zum Schluß könnte man ruhig einen Denkstein aufrichten mit der Aufschrift: Tu l'as voulu, George Dandin! Du hast's selber so gewollt, Michel! . . .

So weit der erste Brief Heckers. Sein zweiter

Brief, gerichtet an denselben Adressaten, ist datirt vom 2. September 1866, rührt also aus der jüngst verflohenen Zeit her. Wir theilen denselben in der nächsten Nummer mit.

R u n d s c h a u.

Berlin, 30. October.

Die Agitation für einen Anschluß Süddeutschlands an den in Aussicht gestellten Bund der Staaten im nördlichen Deutschland gewinnt an Lebhaftigkeit. Ein Flugblatt, mit der Ueberschrift „Keine Mainlinie,“ ladet die Mitglieder und Freunde des Nationalvereins zu einer Versammlung nach Heidelberg ein. Das Blatt geht von dem Gedanken aus, die preussische Uebermacht der nationalen Sache dienstbar zu machen. Das Mittel zur Erreichung des Zweckes sei die „Erweiterung der preussischen zur deutschen Macht.“ Ein besonderer süddeutscher Bund sei ein Hirngespinnst, das niemals Fleisch und Blut gewinnen könne. Ferner hat das Wahlcomitee der Fortschrittspartei in Hesse-Darmstadt soeben einen Aufruf erlassen, in welchem aufgefordert wird, solche Männer in die Kammer zu wählen, die einen freien Nord- und Süddeutschland umfassenden Bundesstaat mit freierlicher und volkwirtschaftlicher Besserung der Zustände des eigenen Landes zu erstreben gesonnen sind. Jetzt gilt es, heißt es dann, auch von unserer Seite unverdrossen und unbereit für ein freies und einiges Deutschland weiter zu wirken, damit nicht die Mainlinie unser größeres Vaterland und gleichzeitig unsere engere Heimath unnatürlich zerreiße, daß vielmehr der beabsichtigte norddeutsche Bund ohne Verzug zu dem unferstets stets erstrebten wirklichen deutschen Bundesstaate werde u. s. w. In gleicher Weise ist der Ausschuss des deutschen Abgeordnetentages auf den 11. November nach Eisenach einberufen worden, um sich über das Verhalten Süddeutschlands zum norddeutschen Bund auszusprechen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sieht diese Agitation mit sehr sauerlicher Miene an und die „Berliner Revue“ wieder über das Gebahren der verhassten „Demokraten“ überaus unwirsch. Das Einstehen aller parlamentarischen Ideale süddeutscher Demokraten in den norddeutschen Bund ist nach ihr sorgfältig zu verhüten. Sie läßt sich darüber in bündigster Form also aus:

Preußen hat den norddeutschen Bund einzurichten und das Verhältnis desselben zu Süddeutschland festzustellen. So angenehm und schmeichelhaft es für Preußen sein mag, daß sich südlich des Rheins Stimmen erheben, welche den direkten Eintritt süddeutscher Länder in den norddeutschen Bund, sowie die gleichzeitige Unterordnung unter die preussische Führung fordern, so kann aus jenen Wünschen doch nur ein geringer staatsmännischer Nutzen gezogen werden. Es ist offenbar, daß die Herren, welche nach Norddeutschland die Hände ausstrecken, vor Allem durch den parlamentarischen Anstrich, den die norddeutsche Organisation erhalten soll, säubern gemacht werden. Die alten Heroen der oratorischen Kunst, die wir doch eigentlich schon bis zum Ueberdruß gehört haben und deren Berse wir auswendig wissen würden, wenn sie nicht gar zu schaal wären, — diese Helden der Rednerbühne sehnen sich nach einer parlamentarischen Kanzel, von welcher sie wieder einmal ihre Allerwegsmittel zur Einigung und Beglückung Deutschlands möchten vernehmen lassen. Es ist nicht etwas Neues und Lebensfrisches, wonach sie trachten, sondern es ist etwas Antiquirtes, dem sie wiederum einen Schwachen und erkünstelten Hand einblösen möchten. Deshalb trägt denn auch das Programm, das sie vortragen, einen vergilbten, schwammigen, formlosen, unpraktischen Charakter. Schwierig werden sie uns erklären können, wie sie denn ihren Eintritt in den norddeutschen Bund zu effectuiren gedenken, oder an welchem Punkte das königliche Preußen die Pforte öffnen solle, durch welche sie einzutreten vermöchten. Der norddeutsche Bund ist in Folge des Prager Friedens eine vertragmäßige Gestalt mit genau gezogenen Grenzen und bestimmtem qualifizierten Mitgliedern. Soll diese Vertragsbasis zu Gunsten einiger constitutioneller Abtheilungen wieder verwischt werden?

Wir möchten uns der Hoffnung hingeben dürfen, daß die preussische Regierung Besseres mit dem norddeutschen Bunde vorhätte, als sich mit den erreichten, vorerst mehr specifisch preussischen Erfolgen zufrieden zu geben. Wenn die preussische Regierung wirklich eine deutsche Politik verfolgt, so wird sie auch mit Leichtigkeit die Thür finden können, in welche die süddeutschen Staaten, und wenn

auch nicht die Regierungen, doch die Völker würden eintreten können. Auch hegen wir die Hoffnung, daß mit dem erstarkenden Einheitsgefühl die ausgeschlossenen deutschen Völkerschaften mit Hülfe der im Bunde befindlichen die Pforten zu finden und sich zu öffnen verstehen werden. — Die Kreuzzeitung tröstet sich mit dem Gedanken, daß bei der der Stadt Frankfurt gegebenen Verfassung die selbstständig-communale Verwaltung nicht in den Himmel wachsen wird. Die Bürgermeisterwahl unterliegt der Bestätigung der preussischen Regierung, die sich auch die Oberleitung und Oberaufsicht in Kirchen- und Schulangelegenheiten und die höhere Polizei ausdrücklich vorbehalten hat. — Am 27. Abends ist in Prag ein eines Attentatsversuches auf den Kaiser von Oesterreich Verdächtiger verhaftet worden. — Der „Fr. Ztg.“ wird aus Paris geschrieben, daß der Kaiser von Oesterreich das Dekret unterzeichnet, welches Herrn v. Beust zum österreichischen Minister des Aeußern ernannt. Aufsehen hat erregt, daß der Kaiser in Prag gerade bei der Vorstellung des hohen Landadels für die bevorstehenden Verfassungsarbeiten die Umgestaltung im Sinne der Reichseinheit betont hat. Man betrachtet dies als das künftige Programm des Kaiserstaates, das mit Hülfe des Herrn v. Beust durchgeführt werden soll. Auffallend ist dabei, daß diese kaiserliche Aeußerung von dem officiellen Telegraphen-Bureau unterdrückt und nur durch Privat-Telegramme nach Wien gemeldet ist. Die Mehrzahl der österreichischen Minister ist telegraphisch nach Wien berufen und man erwartet von den dortigen Beratungen Beschlüsse von großer Tragweite. Daß der Professor v. Hasner, ein Mitglied der „deutschen Linken,“ neben Beust in das Ministerium berufen werden soll, tritt als hoffnungsvolles Gerücht auf und bleibt abzuwarten.

Der Kaiser von Frankreich, der für körperlichen Schmerz sehr empfindlich ist, hat abwechselnd gute und böse Tage. Die Aerzte haben von Neuem einen Winteraufenthalt in Algerien empfohlen, welcher eine Regenshaft nöthig machen würde. Das Bedürfnis einer Anleihe ist im Ministerrathe einstimmig anerkannt worden. Doch hat man diese Finanzmaßregel, da die Zustimmung des gesetzgebenden Körpers erforderlich ist, noch mindestens auf 3 Monate hinausgeschoben. — Die Feindseligkeit der Presse gegen Preußen dauert fort. — Auch in Lille haben Arbeiter-Unruhen stattgefunden.

Aus Italien wird berichtet, daß die Volksabstimmung in Venetien mit 636,679 Stimmen für die Einverleibung erfolgt ist. 68 Stimmen fielen mit Nein aus.

Die Nachrichten aus dem Orient lauten widersprechend. Officielle Depeschen aus Konstantinopel lassen die türkisch-ägyptische Armee in einem neuen Kampf einen glänzenden Sieg davontragen. Ueber Petersburg aus Konstantinopel eingelaufene Depeschen melden dagegen, daß Mustapha Pascha mit 18,000 Mann in einer viertägigen Schlacht von den Sphakioten (Gebirgsvölkern) geschlagen sei. Die geschlagene türkische Armee sei in die Nähe von Ranea zurückgekehrt und habe die umliegenden Dörfer in Brand gesteckt und verwüstet. — Fürst Karls von Rumänien direkte Nachkommen sind von der Pforte für immer als Regenten anerkannt. Die rumänische Armee soll 30,000 Mann betragen. Bündnisse darf Fürst Karl nur administrativen, nicht politischen Inhalts mit den angrenzenden Regierungen abschließen.

Die Congresswahlen in den Vereinigten Staaten Amerikas sind vorüber. Die Radikalen sind aus dem ungewöhnlich erbitterten Wahlkampfe als Sieger hervorgegangen. Die Niederlage ist für den Präsidenten furchtbar. Eine Hochverraths-anlage und Absetzung droht ihm. Vorschläge zur Annahme des Verfassungs-Amendements des Congresses hört er schweigend an, hat aber einen Beschluß bis jetzt noch nicht gefaßt.

Deutschland.

4 Berlin, 30. Oct. [Ein enger Anschluß Schweden-Norwegens an Preußen] ist in letzter Zeit in der Presse mehrfach Gegenstand der Besprechung gewesen und hat auch Eingang in die

offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ gefunden. Und in der That macht die gegenwärtige politische Lage Europa's einen gegenseitigen Anschluß dieser Staaten wahrscheinlich. Die Verlobung der dänischen Prinzessin Dagmar mit dem russischen Thronfolger gab der russischen Presse Gelegenheit, mit der altüberlieferten und im russischen Volke wurzelnden Politik Peters des Großen: Mitteleuropa mit eisernen Armen zu umspannen und zu erdrücken, wieder hervorzutreten. Das Haus Glücksburg, dem die dänische Prinzessin Dagmar angehört, ist nur auf wenig Augen gestellt, und man betrachtet in der russischen Presse als ihre Mitgift die Schlüssel zur Ostsee, welche mit der Berberathung an den russischen Thronfolger der russischen Herrscherfamilie überliefert werden. Mit dieser Verlobung mußten zugleich die scandinavischen Bestrebungen sowohl in Norwegen und Schweden, denen Rußland als Erbfeind gilt, wie in Dänemark einen bestigen Stoß erleiden, was sich auch sofort bei den letzten Wahlen zum Volksting in Dänemark zeigte, die zu Ungunsten der nationalen Partei ausfielen. Bringt man hiermit die Bestimmung in Verbindung, welche seit dem Schleswig-Holsteinischen Kriege zwischen dem Petersburger und Berliner Kabinete herrscht die noch durch die energische Fürsprache für die russischen Verwandten auf den deutschen Thronen nach dem letzten Kriege von Seiten Rußlands gesteigert wurde, so findet der Anschluß zwischen Schweden-Norwegen in Preußen eine natürliche Begründung. Auch Napoleon würde dies Bündniß mit günstigem Auge betrachten; ihm ist das Testament seines Oheims unvergessen, der in Rußland eine gefährliche Hyder sah, die zu unterdrücken ein gemeinsames Interesse europäischer Politik sei. Und wenn nun das Journal „de St. Petersburg“ neuerdings erklärt, daß die westlichen Provinzen wesentlich russisch gemacht werden müßten und die russische Regierung im Königreich Polen entschlossen die Aufgabe verfolge, die polnische Gesellschaft von den anarchischen und fremden revolutionären Einflüssen zu befreien, welche die Verschmelzung der polnischen und russischen Interessen verhinderten, so wird dem kranken Mann an der Seine dadurch der Gedanke einer Wiederherstellung Polens um so näher gerückt. Die Aufrichtung Polens könnte die Dynastie Bonaparte, welcher das Jahr 1866 so verderbliche Schlappen beigebracht hat, in den Herzen der Franzosen vielleicht wieder etwas befestigen. Jedenfalls kann ein Damm, welcher den Rußsicherungsgelästen durch ein schwedisch-preussisches Bündniß entgegengeworfen wird, einer günstigen Aufnahme in den Tuilerieen sicher sein.

[Die Abschaffung des Einzugsgeldes in Preußen] wird den nächsten zusammentretenden preussischen Kammern, wie es heißt, wieder vorgelegt werden. Die Vorlage war schon gemacht, theilweise genehmigt und nur durch den im Februar d. J. eingetretenen plötzlichen Schluß der Session nicht weiter gediehen. Verschiedene Städte haben sich jener Abgabe lange schon entäußert und es handelt sich nur darum, sie allgemein gesetzlich zu befestigen.

[Confiscationen.] Das erste Sonntagsblatt sowie das erste Dienstagsblatt der „Rhein. Ztg.“ sind schon wieder ohne Angabe der Gründe während des Druckes mit Beschlag belegt worden. Von einer Abwechslung der Gedanken scheint die preussische Regierung kein Freund zu sein. Die preussische Presse macht jetzt gewiß einen gar frommen und sanften Eindruck und die preussische Regierung findet meist nur eigene Gedanken, wenn auch zuweilen mit ein wenig liberaler Färbung überhäuft, wieder. Darum ist also da einer dem Habrwasser der Regierungsansichten zuwiderlaufenden Anschauung nicht mehr Raum zu gönnen? Zu verwundern wäre es nicht, wenn diese Confiscationen so sehr die Aufmerksamkeit auf sich zögen, daß gerade um deswillen nach dem „blöden Giste“ gehandelt würde und schließlich doch mehr sitzen bliebe, als der Regierung wünschenswerth ist. Für Ideenverbreitungen dienen Confiscationen leicht als beschleunigtes Verfahren.

Ausland.

Paris, 28. Oct. [Die Lyoner Arbeiter.] Folgende beiden Actenstücke über den Nothstand der Lyoner Seidenweber sind dem „Progrès de Lyon“ zur Veröffentlichung zugegangen. Das erste ist ein Schreiben des Ministers des Innern an den Rhone-Präfecten, Senator Henri Chevreau:

Ich habe dem Kaiser die Berichte unterbreitet, welche

Sie mir über die Lage der lyoner Seiden-Industrie zu-
gesandt, ebenso wie die Petition, welche Ihnen die Ab-
geordneten eines Theiles der dortigen Arbeiter-Bevölke-
rung überreicht haben. Sr. Maj. hat mit lebhafter Theil-
nahme die Mittel studirt, mit deren Hilfe die Leiden
der dortigen Weber gemildert werden könnten, ohne daß
deshalb dem großen Principe der Gewerbefreiheit Ein-
trag geschäbe. In der That würde es höchst ungerecht
sein, wollte man die Fabrikanten daran verhindern, die
Handarbeit da gerade anzuwenden, wo sie sich dieselbe
wohlfeiler beschaffen können. Jedermann muß völlige
Freiheit gelassen werden in der Ausübung seines Rechtes
und der Ordnung seiner Interessen. Sobald aber eine
zufällige Krise in irgend einem Industriezweige zu Tage
tritt, ist es Pflicht der Regierung, mit Sorgfalt alle die
Maßnahmen zu erwägen, welche im Stande seien, die
Folgen solcher ökonomischen Störungen zu vermindern.
Nach den Mittheilungen zu schließen, welche Sie mir
zukommen ließen, scheinen die Arbeiter davon überzeugt,
daß, wenn sie sich in Corporativ-Genossenschaften zu-
sammenschließen, sie sich bessere Bedingungen Betreffs der
Preise für ihre Arbeit zu sichern und den Uebergang zu
erleichtern vermöchten, den das Aufgeben der fagonirten
Stoffe, den ganz gewebten Fabrikaten gegenüber, der
Production auferlegt. Demnach wäre selbst schon eine
derartige Genossenschaft in der Bildung begriffen. Diesen
Thatsachen gegenüber schien es dem Kaiser am ange-
messenen, die Bildung dieser Unternehmungen möglichst
zu begünstigen und dessen schnelle Entwicklung sicherzu-
stellen. Das Gesetz von 1856 über die Commandit-Ge-
nossenschaften gestattet allerdings nicht eine Gesellschaft
mit Actien von je 100 Frs. zu gründen, deren Gesamt-
Capital den Betrag von 200,000 Frs. übersteige. Diese
gesetzliche Beschränkung hätte, Ihren Informationen zu-
folge, eine bedeutende Anzahl von Theilnehmern fern-
gehalten. Das Hinderniß könnte jedoch umgangen werden,
wenn die vereinten Arbeiter sich entschließen, zur Firma
der anonymen Gesellschaften zu greifen. Sehen Sie
ihnen diese Situation aneinander, und wenn sie es für
passend erachten, sich der Basen der anonymen Gesell-
schaften zu bedienen, so sollen die Statuten ihrer Gesell-
schaft mit größter Beschleunigung geprüft werden. Mit
meinem Kollegen, dem Minister für Handel, Ackerbau
und öffentliche Arbeiten habe ich bereits Vereinbarungen
getroffen, um Ihr Ansuchen ohne Verzug erledigen zu
lassen. Ein solches Unternehmen wird dann, so hoffe
ich, in der Intelligenz und dem Geschick seiner Theil-
haber genug Garantien des Erfolges besitzen. Jeden-
falls aber, um die ersten Operationen zu erleichtern, ist
der Kaiser mit der Kaiserin, die gleich ihm ergriffen ist
von den Leiden, die Sie signalisirt, dahin übereingekommen,
daß die „Gesellschaft des kaiserlichen Prinzins“ der neuen
Genossenschaft einen Voranschuß von 300,000 Frs. gewähre.
Auch andere Cooperativ-Genossenschaften werden sich noch
unter den Wehrern ins Leben rufen lassen. Der Kaiser
hat mir mitzutheilen geruht, daß er auf seine Civilliste
den Betrag von 300,000 Frs. hat anweisen lassen, um die
Constituierung und die ersten Operationen dieser ver-
schiedenen Unternehmungen erleichtern zu können. Außer-
dem hat seine Maj. mit Freuden Kenntniß davon ge-
nommen, daß Sie den städtischen Bauten gerade jetzt
einen neuen Impuls verliehen haben. Auch der Minister
der öffentlichen Bauten hat den Begehr- und Brücken-
Ingenieuren Weisungen in gleichem Sinne zugehen
lassen. Der Kaiser hat die Hoffnung, daß die Gesammtheit
dieser Maßnahmen den lyoner Arbeitern Gelegen-
heit geben werde, durch Arbeit die Wohnungen wieder
einzubringen, welche ihnen die Arbeitslosigkeit verloren
geben ließ. Um indeß den notwendigen Bedürfnissen zu
genügen und während des Winters der Müßiggang-
keit eine weitere Andebnung geben zu können, beauf-
tragte mich Sr. Maj., diejenigen Summen zu Ihrer
Verfügung zu stellen, welche, außer den von der Stadt
Lyon bereits votirten, zur Vertheilung an die verschiede-
nen Wohlthätigkeits-Bureaux der Stadt nöthig erschienen.
Genehmigen Sie es.

Der Minister des Innern, Lavalette.

Das zweite, sich an das vorstehende eng an-
schließende Schriftstück geht von der gewählten Com-
mission der Arbeiter aus und lautet:

Die Abgeordneten der Weber der Stadt Lyon, beauf-
tragt, eine Petition zu verfassen, welche von dem Sou-
vernement ein Heilmittel für ihre gefährdete Lage zu
erhalten begreift, beehren sich, ihren Mitbürgern anzu-
zeigen, daß die unverweiltige Sorge der Regierung sich
dem Briefe des Minister des Innern in detaillirter Weise
kundgegeben hat. Dieses Schreiben gewährt und in der
That Gemüthlichkeit, indem es uns Hoffnung für die Zu-
kunft einflößt. Der Kaiser hofft, daß unser Unternehmen
in der Intelligenz und dem Geschick seiner Mitglieder
hinlänglich Bürgschaft des Erfolges besitze. Deshalb ist
es jetzt an uns, durch Gemeinlichkeit und Klugheit diese
Hoffnungen nicht zu Schanden werden zu lassen. Seine
Majestät zeigte sich nicht weniger von unserer Lage er-
griffen, als sie auf ihre Privatkatouille die nöthigen
Summen anwies, um in großem Maßstabe den Leiden
Abhilfe zu schaffen, unter denen unser Arbeiterstand zu

erliegen droht. Was die Frage des Detrois betrifft, so
wußten wir im Voraus, daß es unmöglich sein würde,
sie sofort zu behandeln. Wir hoffen jedoch, daß die
Stimme der Presse und das Stadium der Volkswirthe
im billigsten Sinne entscheiden helfen werden. Wir ent-
sprechen dem einstimmigen Gesühle unserer Kameraden,
indem wir dem Herrn Senator für seinen so thätigen
und wohlwollenden Beistand danken und indem wir ihn
bitten, dem Kaiser und der Kaiserin gegenüber Dolmet-
scher unseres aufrichtigsten Dankesfühles zu sein.
Die Redactions-Commission, Namens des elf Abgeordneten
der Weber:

geg.: Gargnier, Chépié, Arnaud, Burlat,
Condamin.

Unser Parteistandpunkt.

Wir geben nachstehend die Fortsetzung der TSIe-
schen Arbeit, indem wir uns, wie bereits bemerkt, eigene
Ausführungen vorbehalten.

An die deutschen Arbeiter.

Für einen aufmerksamen Beobachter kann es
kein Geheimniß sein, daß die auswärtige Politik
Napoleons III. vorzüglich darauf gerichtet ist, das
durch die Wiener Verträge von 1814 und 1815
zerstörte Werk seines Onkels wieder herzustellen,
die unter der Leitung Metternichs entstandenen
verhassten Verträge, soweit sie noch bestehen, zu
vernichten und Revanche zu nehmen an den
Feinden Napoleons I. — Weil diese Zwecke
sämmlich nicht auf einmal, direct und in unmittel-
barer Reihenfolge zu erreichen waren, so ging
Napoleon III. von Anfang an systematisch und
auf Umwegen auf seine Ziele los. Den „Kaiser-
thron“ von Frankreich erreichte er über Straß-
burg, Boulogne, Ham und über den Präsi-
dentensstuhl der französischen Republik.
Seitdem spielte Napoleon in Verfolgung seiner
weitere Ziele den europäischen und außereuropä-
ischen General-„Feldscheerer.“ Zunächst empfing
Rußland den gewaltsamen Revanche-Adelrah in
der Krim, Oesterreich den seinigen 1859 in Italien,
und der dritte in der „heiligen Allianz,“ Preußen
sollte ihn 1863 erhalten. — Schon weyten und
probirten damals in Polen die Senfemänner die
Lanzetten des Völker-Chirurgen und dieser lauerte
in Paris nur auf eine schickliche Gelegenheit, um
auch Preußen eine Schlappe zu versetzen für die
der napoleonischen „Kaiser“-Gloire vor fünfzig
Jahren angethane Schmach und Schande; allein
„Lord Feuerbrand“ (Palmerston) schien es über-
drüssig geworden zu sein, noch länger und beson-
ders bei der Operation an Preußen den Pflaster-
kasten des pariser Wunderdoctors zu tragen und
dessen „westmächtlischen“ Chirurgengehülfsen zu spie-
len, der bei Gelegenheit seiner Dienstleistungen
stets selbst „Blut lassen“ mußte zur heil-
samen Schwächung und zum Entgelt für
die englische Grobheit von Waterloo. —
Dennoch würde wahrscheinlich schon damals die
französische Lanzette in der Pulsader Preußens ge-
steckt haben, wenn nicht die vom hochweisen Ab-
geordnetenhaufe mit fortschrittlichen Freiheitsfloeken
so lebhaft getadelte Convention mit Rußland be-
standen und wenn die nicht minder verführte
Armee-Reorganisation Preußen nicht eine Armee
verschafft hätte, vor welcher selbst Juaven gezie-
menden Respect haben mußten.

Daß Polen, das unglückliche Polen, damals nur
als „Sardelle“ dienen sollte zur Reizung des fran-
zösischen Appetits zum linken Rheinufer, und daß
es nebenbei zu gleichem Zweck der „europäischen
Revolution“, dieser Seeschlange im Fahrwasser der
europäischen Reaction, nur als Lockspeise hin-
gehalten wurde, — davon war damals die „Re-
volution“, welche längst wußte, was sie von dem
eidesfesten „Gewählten“ des 2. December zu er-
warten hatte, eben so fest überzeugt, wie es jetzt
jeder denkende Politiker ist. — Polen, das aber-
mals verrathene Polen, bot einen plausibeln Vor-
wand zur Sühnung der Sünden der heiligen Ali-
anz gegen den napoleonischen Heiligenschein, und
kein einsichtiger deutscher Patriot konnte es der
preussischen Regierung verdenken, wenn sie in dem
polnischen Aufstande ein untrügliches Zeichen napo-
leonischer Gelüste, ein Fabrikat der napoleonischen
Politik der Völkerverheugung erblickte und da-
gegen bei Zeiten energische Maßregeln ergriff.

„Völkerverheugung!“ Ja, dies ist die einzig
richtige Bezeichnung derjenigen Branche der Politik
an der Seine, welche erhalten muß, wenn die an-
dern nicht verschlagen wollen, während das von
Napoleon als politisches Evangelium verkündigte
„Nationalitäts-Prinzip“ nichts Anderes ist, als
eine politische Seifenblase, eine unglückschwangere
Phraze, bestimmt, die „Nationen“ in nationalen
Düsel zu lullen und — gegenseitig auf einander zu
hegen. — Darum aufgepaßt, deutsche Na-
tion!

Lügen alle diplomatischen Unterhandlungen klar
da vor aller Welt Augen, dann würde Jedermann
sich überzeugen, daß vor und während des Krieges
Napoleon der Hege gewesen, um Preußen indire-
kt den Revanche-Adelrah zu versetzen, zu dessen
direkter Application die geschickte preussische Di-
plomatie jeden Anlaß zu vermeiden wußte.

Für die Richtigkeit dieser Behauptung sprechen
unwiderlegliche Thatsachen. Die jedenfalls nicht
erwarteten erstaunlichen, fast wunderbaren Erfolge
der preussischen Waffen machten alle Voransbere-
nungen zu Schanden. — Da geschah eben das,
was jedem unbefangenen Beobachter so-
fort vollständige Klarheit verschaffen
mußte: der Kaiser von Oesterreich legte dem Kai-
ser der Franzosen das „kostbarste Juwel in der
Krone Habsburgs“ — Venetien — zu Füßen, und
Napoleon nahm mit „affenmäßiger Geschwindigkeit“
das „Geschenk“ von Palud und Menschen
entgegen, dictirte mit derselben Eile den Waffen-
stillstand und die Friedens-Präliminarien und sandte
den General Frossart mit dem Präjudiz der „be-
waffneten Mediation“ zum preussischen Hauptquar-
tier, während gleichzeitig fast die gesammte fran-
zösische Presse Zetermordis über Preußen schrie. —
Diese durchweg ekelhafte Episode hat der gerühmten
napoleonischen Diplomatie einen derben Klapp verset-
zt. Die durch die Kenitenz der deutschen Nation
gebotene Bereitwilligkeit der preussischen Regierung,
mit welcher sie auf die Congress-, Waffenstillstands-
und Friedensvorschläge Napoleons einging, Eng-
lands und Rußlands Zurückhaltung und die theil-
weise Entnüchterung der deutschen Nation scheinen
auch den „Herrscher Frankreichs“ zur Besinnung
gebracht zu haben. Die Zurückberufung des Ge-
nerals Frossart, die Verwarnung der Pariser Blät-
ter durch die bekannte, anscheinend preußenfreund-
liche Montent-Note und schließlich die Entlassung
des Ministers Drouyn de Lhuys waren die Folgen.

Napoleon hat seine Pläne gegen Preußen und
Deutschland keineswegs aufgegeben, vielmehr nur
vertagt, wie seine nachträglichen, vor der Hand an
der Entschiedenheit der preussischen Regierung ge-
scheiterten „Compensations“-Forderungen und ein
Rundschreiben des interimistischen Ministers des
Auswärtigen, Lavalette, an die diplomatischen Agen-
ten Frankreichs im Auslande, beweisen. Darin
heißt es:

„Die Resultate des letzten Krieges enthalten je-
doch eine ernste Lehre: sie weisen auf die
Nothwendigkeit hin, für die Vertheidigung
des Gebietes die militärische Organisation
ohne Aufschub zu vervollkommen. Diese
Pflicht, welche für Niemanden eine Drohung sein
kann, wird die Nation zu erfüllen wissen.“

Da liegt der Hase im Pfeffer! — Möge die
deutsche Nation auf ihrer Hut sein; möge auch sie
„ihre Pflicht zu erfüllen wissen!“

Bevor wir ermesen, was die Nation zu diesem
Zweck zu thun hat, wollen wir die bisherigen
Erfolge der napoleonischen Restaurations- und
Revanche-Politik kurz wiederholen:

Frankreich avancirte vom Königthum durch
die Republik zum „Kaiserreich“.

Rußland wurde in der Krim geschlagen mit
Beihülfe von England, Sardinien und der Türkei.
Oesterreich empfing seine Schlappe 1859 in
Italien.

Die italienischen Fürsten (Geschöpfe des
Metternich'schen Congresses in Wien) verloren
gleichzeitig ihre Throne.

Italien wurde frei und — Basall Frank-
reichs.

Der Papst war schon seit 1848 nicht viel mehr
als ein „Gefangener Napoleons“ in — Rom.

Die „heilige Allianz“ ist zerrissen.

Der „deutsche Bund“ existirt nicht mehr.

Die Wiener Verträge, durch welche das Geschlecht der Napoleoniden auf ewige Zeiten von den Herrscherthronen Europas ausgeschlossen wurde, sind jetzt nur noch werthlose Papierfetzen.

Die Anfänge des „Rheinbundes“ sind augenscheinlich vorhanden in der Isolirung der süddeutschen Staaten vom „Norden.“

Um das Vasallen-Königreich Italien vollends herzustellen „bis zur Adria“, hegte man Victor Emanuel auf das Festungs-Biered. Die unglückliche Schlacht bei Custoza ist ohne Zweifel geschlagen nach dem Plane Lamarmora-Napoleons.

Die Sendung des Prinzen Napoleon an seinen Schwiegervater; das Zaudern der italienischen Armee seit der Schlacht bei Custoza; die dadurch bewirkte Mäßigkeit der Vereinigung der österreichischen Südarmerie mit der Nordarmee, das Alles führt mit Rücksicht auf die oben erörterten Thatumstände zu der Ueberzeugung; daß die Vernichtung Preußens ursprünglich und während des Krieges im Plane lag, der nur durch die preußische Tapferkeit und — Diplomatie einstweilen glücklich vereitelt ist. Auf wie lange?

Der napoleonischen Restaurations- und Revanche-Politik bleibt also noch vorbehalten:

die Demüthigung Englands;

die Wiederherstellung der „natürlichen Grenzen“ Frankreichs durch „Annexion“ des linken Rheinuferes;

die Züchtigung Preußens, zu verschärfen wegen zweimaliger vergeblicher Versuche in den Jahren 1863 und 1866!

Möge, ich wiederhole es, die deutsche Nation auf ihrer Hut sein! Das Damoklesschwert Napoleons schwebt fortwährend über ihrem Haupte.

Untersuchen wir nun und stellen wir fest, was die Nation thun konnte und mußte, um den jetzigen traurigen Zustand der Halbheit zu vermeiden.

Als Preußen in Frankfurt am Main seinen Austritt aus dem deutschen Bunde erklärte und sodann die kriegerische Action begann, da mußte die deutsche Nation, insbesondere die gesammte Arbeiterschaft Deutschlands, sich aus dem Friedensbündel der Bourgeoisie, aus der doctrinären Schwommenheit deutscher Pöps-Professoren, emporraffen. Die Arbeiter mußten die sozialen Differenzen, welche sie in zwei Lager theilten, öffentlich einstreuen lassen und sie nur innerhalb der Grenzen ihrer besondern Vereinigungen discutiren: aus der durch ihre Mitwirkung errungenen politischen Freiheit Deutschlands entspringt unfehlbar auch die sociale! — Man mußte ferner die Frage ruben lassen, ob erst „Freiheit, oder erst „Einheit“: Eins folgt mit zwingender Nothwendigkeit aus dem Andern.

Die Nation mußte das Beispiel Italiens beherzigen. Die Interessen des italienischen und des deutschen Volkes waren solidarisch. Dort wie hier war Oesterreich bestrebt, die Vielstaaterei, dieses nationale Unglück beider Völker, in Italien wieder einzuführen und in Deutschland aufrecht zu erhalten. In Italien scharten sich alle Parteien ohne Unterschied um das Banner Victor Emanuels zum Kampfe auf Leben und Tod für die Einheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes, und in Deutschland ließ sich die Nation durch das heuchlerische Friedensgewinsel einer feigen Bourgeoisie, durch die Heterogenen verschmiegter Pfaffen und durch die schwarz-roth-goldenen Armbinden landesväterlicher Landesväter und ihrer servilen, selbstsüchtigen Sippschaft abhalten, zur Fahne Wilhelms I. zu eilen, weil — einer der größten Staatsmänner des Jahrhunderts sei dem preussischen Volke, der deutschen Nation zum unfehlbaren Siege vorantrug! —

In allen Gauen Deutschlands mußten die Arbeiter sich erheben und, unbeschadet ihrer sozialen Bestrebungen, sofort zu einem großen politischen Ganzen sich organisiren. Zu diesem Zweck hatten die Arbeiter-Comités in Berlin und Hamburg sich zunächst zu vereinigen und dann sofort die Initiative zu ergreifen, indem sie Deutsch-

land in etwa 24 Bezirke eintheilten, aus welchen sie sich durch Cooptation aus beiden socialen Hauptrichtungen (Cassallianern und Schulzeanern) bis auf etwa 48 Mitglieder zu einem „social-politischen Agitations-Comité für Deutschland“ ergänzten.

Das Gesamt-Comité mußte in den einzelnen Bezirken, abwechselnd in den verschiedenen Orten, Volksversammlungen berufen, welche die Mittel zu berathen hatten, durch welche die preussische Regierung unterstützt und vorwärts gedrängt wurde.

Als solche Mittel hatten die Volksversammlungen mit aller Entschiedenheit zu fordern:

I. in den von Preußen eroberten oder besetzten Staaten:

- 1) sofortige Einsetzung einer provisorischen Regierung,
- 2) sofortige Einberufung der Landesvertretung,
- 3) Annexion an Preußen;

II. überall in ganz Deutschland:

- 1) ein von Preußen nach Berlin zu berufendes constituirendes National-Parlament, hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung und unbeschränkter Wählbarkeit; die mit Preußen noch nicht verbundenen Staaten hatten Vertrauensmänner zu senden;
- 2) sofortige allgemeine Volksbewaffnung, damit die preussische Regierung sämtliche Truppen zum Felddienst heranziehen konnte;
- 3) Proclamation des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser.

(Fortsetzung folgt.)

Bermischtes.

+ Berlin, 30. Octbr. (Berliner Arbeiter-Verein. Oeffentliche Versammlung.) In der gestern Abend abgehaltenen öffentlichen Versammlung hielt der Abg. Dr. Böme-Calbe einen Vortrag über die gegenwärtige politische Lage, in welcher er sich dahin aussprach, daß er immer noch der Ansicht sei, die Ertragsmächten der Schlachten in Schleswig und Böhmen hätten sich auf dem Wege der liberalen Partei weniger kostspielig, wenn auch vielleicht nicht so schnell erreichen lassen. Da nun aber das Programm der liberalen Partei auf anderem Wege, wenn auch nur theilweise, ausgeführt werden, so müsse man das Resultat anerkennen und weitere Bestrebungen dieser Art unterlassen, gleich viel von welchem Ministerium sie ausgehen. Preußen an der Spitze Deutschlands mit einem deutschen Parlament, und die Befreiung der Mittel- und Kleinstaaten sei immer das Verlangen der liberalen Partei gewesen; jetzt sei wenigstens ein Norddeutschland erstrebt, die Kleinstaaten hätten die Todeswunde bekommen, und sei dies auch noch lange nicht genug, so müsse man doch dies vorläufig unter Dach und Fach ziehen. Dabin könne jeder praktische Politiker streben, ohne sich den Vorwurf der Gefinnungsänderung zuzuziehen. Man behaupte, es sei eine große Veränderung in der liberalen Partei vorgegangen; aber was habe sich denn geändert? Die Partei habe noch dieselben Forderungen zu stellen wie früher. Er, Redner, sei immer für das allgemeine Wahlrecht gewesen, doch das directe müsse er bei der beschränkten Press- und Vereinsfreiheit noch für bedenklich halten. Es sei nun aber einmal gegeben und die Arbeiter mögen nun zusehen, wie sie es zu ihrem Nutzen verwenden, denn von dieser ersten Wahl würde es abhängen,*) ob die directe Wahl ferner brauchbar sei, oder nicht; denn, falls gehandhabt, könnte es leicht zur französischen Polizeiwirtschaft führen. Man sage nicht etwa, das Wählen sei überflüssig, die Regierung habe doch Alles ohne, sogar gegen das Abgeordnetenhaus geben, denn man vergesse dabei nicht, daß die Regierung zu diesen Thaten durch die Opposition gedrängt (!) worden sei! Sie nun auf dem liberalen Wege weiter zu drängen, die noch fehlenden Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, ein ganzes Deutschland zu schaffen, das werde Aufgabe des norddeutschen Parlaments sein, und dahin habe man zu wirken.

— (Französische Mißgeschick des Jahres 1866.) Abgesehen von den politischen Ereignissen ist das französische Kaiserreich in diesem Jahre auch recht gründlich von natürlichen Fährnissen heimgesucht worden. Cholera, Kinderpest, Heuschrecken, Erdbeben, Ueber-

*) In den Augen weissen abhängen. (D. Red.)

schwemmungen u. s. w. waren sehr unwillkommene Gäste. Und als wäre es mit allem diesem noch nicht genug, trifft jetzt noch die telegraphische Nachricht von einem entsetzlichen Orkane ein, welches vorgezogen die im Goffe des San Lorenzostromes belegene kleine französische Colonie St. Pierre und Miquelon heimsuchte. Die zu erwartenden genaueren Angaben werden wahrscheinlich die Drahmittheilungen noch übertreffen; einstweilen weiß man, daß fünfzehn Schiffe, worunter „Abondance“, ein Transportdampfer der Staatsmarine, zu Grunde gingen und ungefähr hundert Matrosen dabei verunglückten, während auch der auf dem Lande angerichtete Schaden ein sehr beträchtlicher ist.

— (Ein Denkmal für Lord Byron) wird in England zu errichten beabsichtigt. Die Agitation dazu geht von Nottingham aus. Kürzlich hat unter dem Vorfige des Mayors eine Versammlung dafelbst stattgefunden, auf welcher man sich über den einen Punkt einigte, daß das Denkmal in einer Bronze-Statue des unsterblichen Dichters bestehen soll. Es wurde ein provisorischer Ausschuss ernannt und diesem der Auftrag erteilt, die hervorragendsten Männer des Landes, darunter Lord Lytton, Lord Brougham, Sir John Bowring, Lord Brougham und Mr. Charles Dickens zur Betheiligung aufzufordern. Erst wenn die entsprechenden Antworten eingelaufen sind, soll ein öffentliches Meeting einberufen werden.

— (Ueber eine Mordthatgeschichte), die sich vor etwa 8 Tagen in Frankfurt zugetragen haben soll, berichtet die „N. D. Ztg.“: Der Sohn des israelitischen Kaufmanns Sim. M. . . ., ein vierzehnjähriger, geistig nicht besonders vorgeschrittener Knabe, welcher in dem benachbarten Friedriehsdorf ein Institut besuchte, war während der Herbstferien bei seinen Eltern zum Besuch. Eines Tages kam der junge M. bis Abends nicht zu Hause. Alle Nachfragen bei Verwandten und Freunden waren vergebens, der Knabe war nicht aufzufinden. Plötzlich hatte ein Mitglied der Familie den Gedanken, daß die ultra-faholische Familie W. . . . r. D. . . ., welche laange Zeit mit dem M. . . . in einem Hause gewohnt hatte, um das Schicksal des Knaben wissen müsse. Es scheint hiernach, das schon früher Verleumdungsversuche an dem Jungen gemacht worden waren. Man begab sich in das Haus des Herrn W. . . . r. D. . . . Die Frau erklärte jedoch, daß sie den jungen M. . . . nicht gesehen habe. Aehnliche Antwort erteilte der kranke, zu Bette liegende W. D. Auf wiederholten Andringen der Betheiligten gestand der Kranke jedoch zu, daß der Knabe von seiner Familie drei Napoleonsd'or erhalten habe und in diesem Augenblicke auf dem Wege nach einem Kloster in der Nähe von Köln sich befände, um dafelbst zum Christenthum überzutreten. Es wurde nun sofort nach Köln telegraphirt. Das Telegramm langte vor Eintreffen des Eisenbahnzuges an. Der junge M. wurde von dortigen Verwandten in Empfang genommen, ob ohne, oder mit Assistent der Polizei, darüber verlaute nichts. Gegenwärtig verweilt der Knabe noch bei seinen Verwandten in Köln.

— (Eine furchtbare Feuersbrunst) hat im Quebec in Nord-Amerika am 14. October 13 Stunden lang gewüthet. Dritthalb Tausend Häuser sind in Asche gelegt und haben einen Schaden von 3,000,000 Dollars angerichtet; 18,000 Menschen sind obdachlos.

— (Die größten Städte Preußens) sind jetzt nach geschener Annexion Berlin mit 609,733, Breslau mit 159,644, Köln 117,000, Königsberg 99,827, Magdeburg 91,028, Hannover 79,649, Frankfurt am Main 78,177, Danzig 78,131, Stettin 65,053, Aachen 62,444, Elberfeld 61,995, Barmen 59,526, Erfeld 53,397, Altona 52,781, Halle 45,729, Bosen 45,143, Düsseldorf 40,228, Frankfurt a. d. O. 36,688, Potsdam mit 35,031 Einwohnern. Wiesbaden zählt nur 26,573.

— (Elephantenjagd in Afrika.) Für die Regier des östlichen Afrika ist die Elephantenjagd eine sehr ernste Beschäftigung, zu welcher es einer langen Vorbereitung im Wurfspielwerfen und vieler geheimnißvoller religiöser Formeln bedarf. Die Woche der Jagd wird mit Singen, Tanzen und Trinken hingebacht. Während der Jagd sind die Franzen der in der Regel in Schaaren von 15 bis 20 Mann ansiehenden Jäger sehr strengen Gesetzen unterworfen, namentlich dürfen sie sich nicht putzen, nicht aus dem Hause gehen, ja sogar nicht einmal eine Pfeife rauchen, trotzdem sie den Tabak leidenschaftlich lieben. Wenn ihr Betragen zu irgend einem Tadel Veranlassung giebt, wird der Mißerfolg der Jagd ihnen zur Last gelegt und die härtesten Strafen erwarten dieselben. Die List der Jäger geht darauf aus, einen Elephanten von der Herde zu trennen. Ist dies glücklich gelungen, so ist das Thier auch in der Regel verloren, und von zahllosen Lanzen durchbohrt stirbt es an Blutverlust. Man schneidet ihm zuerst die Ellenbein-ähne aus und verzehrt sodann das Mark der großen Knochen. In einem großem Festmahl wird das übrige Genießbare von dem Körper des Riesenthieres gezeffen, und beladen mit den Siegestrophäen kehrt die Schaar an den häuslichen Heerd zurück.